

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat in diesen Monaten alle Hände voll zu tun: Nicht nur, dass die Planungen für den Bundeshaushalt 2012 auf Hochtouren laufen – zurzeit beschäftigen ihn und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundesministerium der Finanzen in Berlin vor allem die aktuelle Staatschulden-Krise sowie die Bemühungen um die Konsolidierung des Bundeshaushalts – also um die weitere Rückführung der immer noch zu hohen Verschuldung.

Haushaltskonsolidierung – Was bedeutet das?

Genau wie Privatpersonen muss auch der Staat seine geplanten Ausgaben vorausschauend danach ausrichten, mit welchen Einnahmen er zukünftig rechnen kann und welche Ausgaben zu erwarten sind. Deshalb werden jedes Jahr auf allen staatlichen Ebenen Haushalte aufgestellt. Die Fäden der Planung für den Bundeshaushalt laufen in jedem Frühjahr im Bundesfinanzministerium zusammen. Bis der Haushaltsentwurf nach vielen Beratungen im Bundestag allerdings endgültig beschlossen wird, ist es meist November – so komplex ist dieser Prozess.

In der Finanz- und Wirtschaftskrise erzielte der Bund deutlich weniger Einnahmen und hatte gleichzeitig – um die Auswirkungen der Krise für Gesellschaft und Wirtschaft abzufedern – auch höhere Ausgaben als sonst und musste hohe Kredite aufnehmen. Mittlerweile ist Deutschland so hoch verschuldet, dass es zwingend erforderlich ist, die Aufnahme neuer Schulden deutlich zurückzuführen. Außerdem wird es darauf ankommen, den aufgehäuften Schuldenberg unseres Landes Stück für Stück abzutragen. Hier geht es dann aber weniger um die absolute Zurückführung des Schuldenberges. Ziel ist es vielmehr, das Verhältnis der Schulden zur Wirtschaftskraft unseres Landes (gemessen anhand des sog. Bruttoinlandsprodukts) Schritt für Schritt zu verbessern. Dies gelingt, wenn die Neuverschuldung weniger „wächst“ als das Bruttoinlandsprodukt.

Das Ziel, die Neuverschuldung zurückzuführen, also den Haushalt zu *konsolidieren*, findet sich im Grundgesetz (Artikel 115). In konjunkturellen Schwächephasen erhöhen sich die Ausgaben des Bundes automatisch (z.B. höhere Ausgaben für Menschen, die keine Arbeit haben), während die Einnahmen sich verringern (zum Beispiel gehen die Mehrwertsteuereinnahmen zurück, wenn die Menschen weniger konsumieren können). Kommt es in wirtschaftlich guten Zeiten hingegen zu steigenden Einnahmen und geringeren Ausgaben, sollten diese verstärkt zur Konsolidierung des Haushaltes genutzt werden. Dies entspricht

der Zielrichtung der sogenannten *Schuldenbremse*, die im Artikel 115 des Grundgesetzes verankert ist.

Im Gegensatz dazu fordern Anhänger eines weniger restriktiven fiskalpolitischen Kurses, die Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar an den konjunkturell bedingten Mehreinnahmen zu beteiligen – etwa, indem Steuern oder Sozialabgaben gesenkt werden. Dies habe positive Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung und würde so mittelfristig auch zur Gesundung der Staatsfinanzen beitragen.

Die Schuldenbremse

In den letzten Jahren reichten Steuergelder und andere Einnahmen, die der Bund erzielt, nicht aus, um alle geplanten Ausgaben zu decken. Trotzdem müssen die notwendigen Ausgaben für das Gemeinwesen, z.B. für soziale Sicherung, Bildung und Forschung oder die Verkehrsinvestitionen jedes Jahr finanziert werden. Das bedeutet, dass sich der Staat Geld leihen, sich also verschulden muss. Hierfür gibt es allerdings Grenzen, bis zu denen sich der Bund jedes Jahr überhaupt neu verschulden darf. Diese Grenze ist im Grundgesetz (Art. 109 und 115) festgelegt und wird als *Schuldenbremse* bezeichnet. Für den Bund ist diese Regelung 2011 in Kraft getreten. In den Jahren von 2011 bis 2015 muss der Bund deshalb seine Neuverschuldung Schritt für Schritt zurückführen. Sie besagt, dass für den Bund ab 2016 eine strukturelle jährliche Neuverschuldung nur noch in Höhe von 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zulässig ist. Dies entspricht dann rund zehn Milliarden Euro. Den Ländern ist ab 2020 gar keine strukturelle Neuverschuldung mehr erlaubt. Strukturelle Defizite sind dabei jene Defizite, die nicht aufgrund von konjunkturellem Einfluss entstehen.

Die Schuldenbremse erlaubt dabei eine konjunkturbedingt höhere Kreditaufnahme in wirtschaftlich schwächeren Zeiten. Im Gegenzug verlangt sie aber, dass in konjunkturell guten Zeiten konjunkturbedingte Schulden wieder abgebaut werden.

	Ist 2010	Soll 2011	2012	Finanzplan		
				2013	2014	2015
in Mrd. Euro						
Ausgaben im bislang geltenden Finanzplan			301,0	301,5	301,1	
Ausgaben im Eckwertebeschluss vom 16. März 2011			303,8	305,7	304,4	309,5
Ausgaben neu	303,7	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0
Veränderung gegenüber Vorjahres-Soll in Prozent			0,07%	1,76%	-0,52%	1,64%
Jahresdurchschnittliche Veränderung 2011 bis 2015 in Prozent			0,73%			
Steuereinnahmen		229,2	247,4	256,4	265,8	275,7
Sonstige Einnahmen		28,2	31,5	30,2	25,4	24,6
Nettokreditaufnahme			27,2	24,9	18,7	14,7
Eckwertebeschluss vom 16. März			31,5	22,3	15,3	13,3
bislang geltender Finanzplan			40,1	31,6	24,1	

Differenzen durch Rundung möglich

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Juli 2011

► Der Euro – Stabilität und Wachstum

327 Millionen Europäer in bisher siebzehn EU-Mitgliedsstaaten bezahlen täglich mit dem Euro. Für die Bürger liegen die Vorteile einer gemeinschaftlichen Währung auf der Hand: Sie müssen im Urlaub kein Geld mehr wechseln und grenzüberschreitende Zahlungen sind günstig oder kostenlos. Außerdem ist es einfacher, die Preise in den verschiedenen Ländern zu vergleichen, was wiederum den Wettbewerb fördert. Durch die gemeinsame Währung ist es aber auch möglich, koordiniert auf finanzpolitische und wirtschaftliche Entwicklungen und Ereignisse – wie die jüngste Finanzkrise – zu reagieren. Der Euro hilft, ein finanziell stabiles Umfeld zu schaffen. Auch die Preise für Dienstleistungen und Güter sind seit Einführung des Euro stabiler: Die EZB verfolgt eine Geldpolitik, die für eine dauerhaft niedrige Inflation in der Eurozone sorgt. Sie verwaltet auch die Devisenreserven der EU und kann an den Devisenmärkten intervenieren, um den Wechselkurs des Euro zu beeinflussen.

Voraussetzung: Solide Finanzpolitik – in jedem Land

Jedes Land muss dabei allerdings seinen Teil zur Stabilität des Euro beitragen. Gerät ein Mitglied der Währungsunion in finanzielle Schwierigkeiten, hat das Auswirkungen auf die europäischen Finanzmärkte und die Stabilität der Währung – und betrifft somit alle anderen Euro-Länder. Benötigt ein Mitgliedsstaat finanzielle Hilfen, kann das teuer werden: so umfasst zum Beispiel der aktuell gespannte Euro-Schutzschirm für hilfsbedürftige Staaten ein effektives Kreditvergabevolumen von 500 Milliarden Euro, zu dem der Internationale Währungsfonds (IWF) nochmal zusätzlich 250 Milliarden Euro beisteuert. Kritiker der Rettungsmaßnahmen fürchten, dass wirtschaftlich stärkere Länder wie Deutschland einen zu großen Teil finanzieren müssen – und dass die Rettung der gemeinsamen Währung wegen des Risikos, dass in Zukunft noch mehr Länder in eine finanzielle Notlage geraten, aus dem Ruder laufen könnte. Daher ist es wichtig, dass alle EU-Länder – und insbesondere die Euro-Länder – ihre Staatsfinanzen in Ordnung bringen und ihre Volkswirtschaften international wettbewerbsfähig machen. Denn nur so ist auch in Zukunft ein stabiler Euro gewährleistet.

► Einmal selbst Minister sein!

Sie haben Lösungen und möchten Herrn Schäuble unter die Arme greifen? Beim Wettbewerb „Minister in 60 Sekunden“ können Sie in die Rolle des Finanzministers schlüpfen und Ihr politisches Talent unter Beweis stellen – indem Sie eine Rede konzipieren und dann vor einer Kamera halten. Diese wird dann im Internet veröffentlicht. Die Herausforderung: Sie haben nur 60 Sekunden Zeit um plausibel zu erklären, wie es in diesen aktuellen Fragen vorangehen soll (Mehr unter Aufgaben > Aufgabe 3.).



Als Lohn für die Bemühungen winken attraktive Sachpreise. Weitere Infos zum Wettbewerb gibt es auf der Internetseite des BMF www.bundesfinanzministerium.de, dem neuen Informationsangebot des BMF für junge Leute unter www.finanzforscher.de und auf dem youtube-Kanal des BMF, zu finden hier: www.youtube.com/finanzministeriumtv.

[Aufgaben]

1. Sammeln Sie in Kleingruppen Argumente für und gegen eine Haushaltskonsolidierung auf Bundesebene. Was spricht für den ausgeglichenen Haushalt, was spricht dafür, die Bürger direkt am Wirtschaftswachstum beispielsweise durch niedrigere Sozialabgaben und Steuern zu beteiligen? Bedenken Sie dabei die möglichen Auswirkungen auf das Gemeinwesen, aber auch die Folgen wachsender Staatsverschuldung für kommende Generationen. Stellen Sie ihre Argumente in der Klasse vor und entscheiden Sie auch hier gemeinsam, welchen Weg Sie als Politiker einschlagen würden.
2. Sammeln Sie in Kleingruppen Argumente für und gegen eine gemeinsame Währung in Europa. Welche Vor- und Nachteile ergeben sich durch den Euro für die Mitgliedsstaaten der Eurozone? Bedenken Sie neben den Auswirkungen für die einzelnen Bürger auch die Auswirkungen für den gemeinsamen Wirtschaftsraum Europäische Union. Beziehen Sie in ihre Überlegungen das Risiko der Staatsverschuldung einzelner Mitgliedsstaaten, aber auch die gemeinsamen Maßnahmen zur zukünftigen Prävention mit ein. Stellen Sie ihre Argumente in der Klasse vor und entscheiden Sie dann gemeinsam, welchen Weg Sie als Politiker einschlagen würden.
3. Optional: Für die Teilnahme am Wettbewerb „Minister in 60 Sekunden“ verfassen Sie zu jeweils einem der beiden Themen eine kurze, prägnante Stellungnahme mit überzeugenden Argumenten: „Warum brauchen wir den Euro?“ oder „Soll sich der Staat auf Pump finanzieren?“ Präsentieren Sie ihre „Rede an die Nation“ in der Klasse, zeichnen Sie die Beiträge auf und nehmen Sie damit am Wettbewerb teil.

[Internet]

- Der Infoclip „einfach erklärt“ *Der Bundeshaushalt* informiert über die Einnahmen und Ausgaben des Bundes, die Staatsverschuldung und die Schuldenbremse www.bundesfinanzministerium.de > Mediathek > einfach erklärt > *Der Bundeshaushalt*
- Die Website des Bundesfinanzministeriums mit einem Themenschwerpunkt rund um die Stabilisierung des Euroraums und der Währungsunion www.bundesfinanzministerium.de > Wirtschaft und Verwaltung > Europa > Der Euro > Stabilität > Stabilisierung des Euro
- Die Infoclips „einfach erklärt“ des Bundesfinanzministeriums informieren über den Euro, die Währungsunion und den ESM www.bundesfinanzministerium.de > Mediathek > einfach erklärt > *Die Reform der Währungsunion* sowie *Der Euro*